



Bericht der AG 2 „Unternehmen: nachhaltig und ressourcenschonend wirtschaften“

Nachhaltig und ressourcenschonend wirtschaften zur Bewahrung der Lebensqualität

Die CDU ist dem Leitbild einer nachhaltigen Entwicklung verpflichtet. Wir wollen wirtschaftlichen Wohlstand, soziale Gerechtigkeit und den Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen dauerhaft in Einklang bringen. Aus dem christlichen Menschenbild folgt, dass der Mensch kein ungebundenes, schrankenloses Herrschafts- und Verfügungsrecht über die Natur hat. Fortschritt und Wachstum müssen mit einer nachhaltigen Wirtschaftsweise so gestaltet werden, dass die Lebenschancen auch für künftige Generationen gesichert bleiben. Mit der Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität“ ist die CDU der Auffassung: „Eine Verankerung der Prinzipien der Nachhaltigkeit in den Strategien der Unternehmen stellt für diese langfristig betrachtet eine ‚Win-win‘-Situation dar. Nachhaltige Wirtschaftsstrategien bieten für Unternehmen erhebliche (Wachstums-)Potenziale.“

Nachhaltiges Wachstum

Die CDU ist dem Leitbild einer nachhaltigen Entwicklung verpflichtet. Wachstum schafft Arbeitsplätze und erhöht die Wertschöpfung. Wir brauchen Wachstum, aber nicht um jeden Preis. Ein langfristig tragfähiges Wachstum folgt aus technischen Innovationen, aus Kreativität und Ideenreichtum. In einer wachstumsfeindlichen Gesellschaft wäre „Wohlstand für Alle“ in Deutschland nicht verwirklicht worden und wäre der Aufbau unseres Sozialstaates nicht möglich gewesen. Um diese Errungenschaften zu erhalten und Deutschland in eine gute Zukunft zu führen, brauchen wir nachhaltiges ressourcenschonendes Wachstum und eine Art des Wirtschaftens, die nicht mit den Grundlagen ihres eigenen Erfolgs Raubbau treibt.

Wir wollen eine Gesellschaft, die auf ein Wachstum von Ideen und neuen Lösungen setzt, die dazu beitragen, Umwelt und Wirtschaft besser miteinander zu vereinbaren. Nachhaltiges Wachstum bedeutet nicht in erster Linie, „mehr“ zu produzieren, sondern „Besseres“ zu schaffen. Dazu braucht es aus ökologischer Sicht eine viel größere Ressourceneffizienz. Nachhaltiges Wachstum setzt die Entkopplung von Rohstoffverbrauch und Wachstum des Bruttoinlandsprodukts erfolgreich fort.

Mit den von den UN weltweit prognostizierten drei Milliarden zusätzlichen Konsumentinnen und Konsumenten der Mittelschicht sind große Chancen für innovative und nachhaltig wirtschaftende Unternehmen und Branchen verbunden. Nur wenn es uns gelingt, unseren Lebensstandard zu halten, ohne mehr Ressourcen zu verbrauchen als uns dauerhaft zur Verfügung stehen, werden wir nachhaltig leben. Unser Ziel ist eine kohlenstoffarme Wirtschaft.

Wohlstand ist gleichwohl mehr als materieller Wohlstand - und deshalb auch mehr als materielles Wachstum. Deshalb ist das Bruttoinlandsprodukt (BIP) allein nicht mehr ausreichend, um unsere Lebensqualität zu beschreiben. Es ist ein guter Indikator, um die Wirtschaftsleistung zu messen und dafür ist es auch weiter notwendig. Mehr kann es aber nicht abbilden. Deshalb sind wir der Auffassung, dass ein zusätzliches einfaches und gut nachvollziehbares Indikatoren-Set entwickelt werden soll, das einem umfassenden Verständnis von Lebensqualität gerecht wird. Wir brauchen eine erweiterte Messung mit mehr Kennziffern, mehr Kenngrößen und mehr Aussagen.

Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft stärken

Würdige Arbeitsbedingungen, sozialer Schutz und Bewahrung der Schöpfung haben ihren Wert und ihren Preis. Daher braucht die Weltwirtschaft einen Ordnungsrahmen, der die Chancen des freien Handels nutzt und zugleich fairen Handel sicherstellt. Die Soziale Marktwirtschaft ist der Ordnungsrahmen, der die drei Dimensionen der Nachhaltigkeit – Ökonomie, Ökologie und Soziales – wie keine andere Wirtschaftsordnung in Einklang bringen kann. Sie ist daher die beste Wirtschaftsordnung für freie Menschen und eine solidarische Gesellschaft.

Die CDU ist die Partei der Sozialen Marktwirtschaft. Diese hat Deutschland zu einer der friedlichsten, offensten und wohlhabendsten Gesellschaften der Welt gemacht. Jetzt ist es an der Zeit, die Soziale Marktwirtschaft weiterzuentwickeln: wir wollen eine nachhaltige Soziale Marktwirtschaft. Das ist die Voraussetzung für ein auch in Zukunft erfolgreiches und lebenswertes Deutschland. Unser Ziel ist es, die Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft noch stärker zur Anwendung zu bringen. Dazu gehört auch, marktwirtschaftliche Instrumente wie etwa Emissionshandel einzusetzen, um Innovationen und nachhaltiges Wirtschaften voranzubringen.

Zu diskutieren ist auch, die sogenannten externen Kosten, zum Beispiel bei der Gewinnung und dem Abbau von fossilen Energieträgern und Rohstoffen „einzupreisen“ bzw. zu internalisieren. Dies kann eine wichtige Gestaltungsaufgabe für eine nachhaltige Politik sein unter Berücksichtigung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit unserer Unternehmen. Preissignale senden den Unternehmen Informationen zu den vorhandenen Knappheiten. Diese können beispielsweise durch eine aufkommensneutrale Besteuerung des Umweltverbrauchs bei Entlastung des Faktors Arbeit sichtbar gemacht werden. Wir brauchen zudem einen Nachhaltigkeitscheck, der alle Subventionen regelmäßig einer Wirkungs- und Erfolgskontrolle unterzieht.

Gemäß den Grundsätzen der Sozialen Marktwirtschaft soll im Wettbewerb Wohlstand – zum eigenen Nutzen wie zum Nutzen der Gesellschaft insgesamt – erwirtschaftet werden. Der Wettbewerb stellt sicher, dass Innovationen nicht auf der Strecke bleiben. Er zwingt zum sparsamen und effizienten Umgang mit knappen Ressourcen. Voraussetzung für eine hohe wirtschaftlicher Prosperität und dass es den Menschen in unserem Land auch in Zukunft gut geht, sind verlässliche und gute Rahmenbedingungen für klassische Industriebetriebe und Gewerbetreibende wie für Gründer mit neuen Geschäftsmodellen.

Sozialpartner müssen nachhaltige Antworten geben

Der großartige wirtschaftliche Erfolg unseres Landes in den letzten Jahrzehnten liegt jedoch nicht nur im Ideenreichtum und im Einsatz der Menschen in unserem Land, sondern auch in einem guten Miteinander. Weil die Sozialpartnerschaft einen großen Anteil an diesem Erfolg hat wollen wir sie weiterhin fördern. Sie stärkt den gesellschaftlichen Zusam-

menhalt und den sozialen Ausgleich in unserem Land. Gemeinsam mit Gewerkschaften und Arbeitgebern wollen wir dieses Erfolgsrezept weiterentwickeln und an die neuen wirtschaftlichen Herausforderungen anpassen.

So bringt die Digitalisierung neue Chancen und Herausforderungen für unser Arbeitsleben mit sich. Sie ermöglicht neue, flexible Arbeitsmodelle aber auch stärkere Eingriffe in die zeitliche Verfügbarkeit von Arbeitnehmern und Selbständigen. Auf diese Herausforderungen der Zukunft müssen vornehmlich Arbeitgeber und Arbeitnehmer nachhaltige Antworten geben, die Flexibilität und Nachhaltigkeit der Ressource Arbeit sicherstellen.

Langfristiges und regionales Wirtschaften

Für die CDU ist eine nachhaltige Wirtschaft Voraussetzung für die langfristig positive wirtschaftliche, ökologische und soziale Entwicklung Deutschlands. Denn Wohlstand ist mehr als Geld und nicht bloß als eine auf einzelne Stichtage bezogene quantitative Messgröße zu sehen, sondern vor allem als ein auf Langfristigkeit angelegter qualitativer Anspruch zu verstehen. Dafür ist unabdingbar, dass die Wirtschaft qualifizierte Fachkräfte gewinnt und an sich bindet sowie durch innovative Produkte, Verfahren und Dienstleistungen neue Werte schafft, die den Fortbestand des Unternehmens sichern und die zugleich einen Beitrag zur Fortentwicklung hochwertiger Lebensbedingungen in Deutschland leisten.

Für das langfristig orientierte Wirtschaften stehen insbesondere inhabergeführte Mittelständler und Familienunternehmen, weil dort in Generationen und nicht in Quartalen gedacht wird. Diese sind oft auch in der Region verankert und zeichnen sich meist durch soziales Unternehmertum aus. Uns sind der Aufbau und die Weiterentwicklung regionaler Wertschöpfungsketten von Zulieferern, Produzenten, Dienstleistern und Ausbildungseinrichtungen wichtig. Stabile Wertschöpfungsketten und wirtschaftliche Cluster verbessern die gesamte Wirtschaftskraft der Regionen. Unverzichtbar für die Kredit- und Liquiditätsversorgung kleiner und mittelständischer Unternehmen sind regional aufgestellte mittelständische Banken. Die CDU bekennt sich zum Erhalt des mehrgliedrigen Bankensystems und regional verankerten Kreditinstituten.

Banken haben eine dienende Funktion für Bürger und Wirtschaft. Die CDU sieht die Entkoppelung von Real- und Finanzwirtschaft kritisch und begrüßt deshalb das Trennbankengesetz. Deshalb haben wir dafür gesorgt, dass hochspekulative Geschäfte vom Einlagen- und Kreditgeschäft getrennt werden, denn Spareinlagen müssen geschützt bleiben. Finanzspekulation muss auf Risiko der FinanzspekulantInnen erfolgen, nicht auf Risiko der Bürgerinnen und Bürger.

Gute Bedingungen für Wirtschaft und Arbeitsplätze

Damit die Wirtschaft weiter wächst, die Arbeitsplätze sicher sind und neue Arbeitsplätze entstehen, wird sich die CDU weiter für gute Bedingungen für Mittelstand, Industrie und Existenzgründer einsetzen. Dafür ist eine wettbewerbsfähige und innovative Wirtschaft, die das kontinuierliche und zielstrebige Erkennen und Aufgreifen neuer Möglichkeiten aufgrund des wissenschaftlichen und technischen Fortschritts – vor allem sowie die Chancen der Digitalisierung – nutzen kann, eine zentrale Voraussetzung. Wir treiben Zukunftsinvestitionen in Bildung, Forschung und Innovationen voran. Forschung und Entwicklung sind der Schlüssel, um entlang der gesamten Wertschöpfungskette nachhaltig zu wirtschaften. Zugleich ist die deutsche Industrie gefordert, Lösungen für nachhaltige Mobilität zu liefern.

Ohne eine gut ausgebaute Infrastruktur sind private Investitionen, unternehmerisches Handeln und eine gute wirtschaftliche Entwicklung nicht möglich. Verkehrswege sind die Lebensadern unserer Volkswirtschaft. Diese Adern brauchen wir im exportorientierten Deutschland ganz besonders. Mobilität ist damit einer der bedeutendsten Wirtschaftsfaktoren überhaupt in unserem Land. Die deutsche Mobilitätswirtschaft gehört mit ihren innovativen Technologien und Dienstleistungen bei allen Verkehrsträgern zur Weltspitze. Das stärkt Deutschland als führende Industrie-, Export- und Forschungsnation.

Unternehmertum und Gründergeist sichern – Nachhaltiges Wirtschaften erfordert eine neue Gründerzeit

Wirtschaftliche Prosperität ist eng mit unternehmerischem Mut verknüpft. Dieser hängt nicht nur von der Risikobereitschaft Einzelner ab, sondern braucht vor allem verlässliche, zur Gründung motivierende politische Rahmenbedingungen. Nur dann werden die kreativen Köpfe unseres Landes bereit sein, ihre innovativen Ideen auch künftig in konkrete Geschäftsmodelle zu überführen und damit einen entscheidenden Beitrag zur nachhaltigen Wirtschaftsentwicklung zu leisten. Unser Ziel ist es, eine „Neue deutsche Gründerzeit“ zu etablieren.

Wer bereit ist als Unternehmer unter Inkaufnahme finanzieller und persönlicher Risiken gesellschaftliche Verantwortung zu übernehmen, verdient Anerkennung und Respekt. Dies gilt insbesondere auch wenn eine Unternehmung scheitert oder sich eine Gründungsidee als nicht zielführend erweist. Deutschland braucht eine „neue Kultur des Scheiterns“.

Die Rahmenbedingungen für Unternehmensgründungen gehören grundsätzlich verbessert. Dazu zählen nicht nur einfache, pass- und zielgruppengenaue Förderprogramme und professionelle Beratungsangebote, sondern auch der Abbau bürokratischer Hürden. Der Aufwand und die Verfahrensdauer für Gründungsvorhaben muss an den internationalen Standard angepasst, attraktive steuerliche Anreize geschaffen und neue Finanzierungsformen (z. B. Crowdfunding) auch für soziale und kreative Projekte entwickelt werden.

Zudem treten wir für ein Wagniskapitalgesetz ein, das die Kapitalaufnahme und -vergabe auch für ausländische Investoren erleichtert und Investitionen damit attraktiver macht. Auf europäischer Ebene setzen wir uns für die zügige Einführung einer europaweit anwendbaren Rechtsform für kleine Gesellschaften („europäische GmbH“) voranzutreiben, um kleinen Unternehmen das grenzüberschreitende Agieren zu erleichtern.

Unternehmerischer Mut und Gründergeist bleiben in einer Gesellschaft nur erhalten und entstehen immer wieder neu, wenn auch der Unternehmernachwuchs nachhaltig gefördert wird. Zudem sind es oft junge Menschen, die das nachhaltige soziale Wirtschaften und die Green Economy voranbringen. Unternehmertum soll für nicht mehr nur eine zufällige,

sondern stärker als bisher zu einer gezielten beruflichen Karriereoption werden. Anregungen zum unternehmerischen Denken sowie die Sensibilisierung für die mit selbstbestimmtem, gesellschaftlich verantwortungsvollem Unternehmertum verbundenen Chancen sollen deshalb zum Bestandteil des Bildungsweges unserer Kinder und Jugendlichen werden.

Industrie 4.0 als Chance für eine nachhaltige Produktion

Intelligente Maschinenparks und smarte Anlagen gelten als die vierte industrielle Revolution nach Dampfmaschine, Massenproduktion und Automation. Neben neuen Geschäftsfeldern für junge innovative Unternehmen ergeben sich auch für die klassische Industrie durch Automatisierung, Digitalisierung und Vernetzung von Produktionsabläufen viele neue Möglichkeiten.

Dabei informiert etwa die Ware per Mikrochip das Fließband, wie sie produziert wird und wohin sie geliefert werden muss. Intelligente Anlagen verbessern die Lagerhaltung, sparen eigenständig Energie, informieren wenn sie eine Wartung benötigen, erkennen und melden Mängel. Schritt für Schritt erobern Maschinen die Werkhallen, die in Zukunft nicht mehr nur genormte Produkte produzieren können, sondern eine immer größere Produktvielfalt bis zu individuellen Waren nach den Bedürfnissen von Kunden in gleicher Qualität ermöglichen.

Die Digitalisierung macht Produktion und Dienstleistungen effizienter und kundenorientierter. Zudem senkt sie den Ressourcen- und Materialeinsatz. Damit schafft Industrie 4.0 – oder weitergehender „Smart Service Welten“ wie sie von der Akademie der Technikwissenschaften (acatech) skizziert wurden – neue Chancen für nachhaltiges Wirtschaften und Produzieren und leistet so einen Beitrag zu Nachhaltigkeit und Lebensqualität.

Deutschland hat mit seinem hohen Niveau in der Forschung, mit innovativen Anbietern von Produktionstechnologien, mit führenden Herstellern von eingebetteten Systemen (Computer, der in einen technischen Kontext eingebunden ist) und einer dynamischen Branche für IT-Sicherheitstechnologien gute Voraussetzungen, um zum Leitmarkt beim Aufbau der Industrie 4.0 zu werden. Diesen gilt es weiterhin nachhaltig und zielgerichtet zu begleiten und fördern.

Nachhaltigkeit braucht Fachkräfte und gute Arbeitsbedingungen

Nachhaltige Innovationen brauchen eine sich stetig erneuernde Basis von Fachkräften. Dafür wollen wir alle verfügbaren inländischen Potenziale heben sowie die sich bietenden Chancen durch qualifizierte Zuwanderung aus dem Ausland gezielt nutzen. Uns geht es um eine nachhaltige Personalpolitik, die den Herausforderungen des demografischen Wandels auf betrieblicher und gesellschaftlicher Ebene gerecht wird. Neben kontinuierlichen Investitionen in die Bildung und Weiterbildung von Fachkräften in Unternehmen, in der Wissenschaft und in der Gesellschaft braucht es dafür attraktive und bei Bedarf individualisierbare Karrierewege.

Unser Credo: Wir geben niemanden verloren – jeder soll seine individuellen Fähigkeiten auf dem Arbeitsmarkt nutzen können. Die bessere Inklusion und Partizipation aller Schichten der Bevölkerung und die damit verknüpfte Hebung sämtlicher inländischer Diversitätspotenziale sind dafür essenziell (z.B. die Förderung beruflicher Karrieren von Frauen, der Abbau von Barrieren für Menschen mit Behinderungen, die konsequente lebensbegleitende Nachqualifikation und Weiterbildung arbeitswilliger Arbeitsloser, die Anerkennung der Berufsabschlüsse ausländischer Mitbürger).

Zudem gilt: Die demografischen Herausforderungen sind ohne gezielte qualifizierte Einwanderung nicht zu stemmen. Deshalb setzen wir auf eine gelebte deutsche Willkommenskultur für ausländische Fachkräfte. Der volkswirtschaftliche Nutzen qualifizierter Arbeitszuwanderung ist für Deutschland dann am größten, wenn sie auf Dauer angelegt ist. Deshalb setzen wir auf die schnellstmögliche und zugleich dauerhafte Integration der neuen ausländischen Kollegen auf sprachlicher, kultureller und gesellschaftlicher Ebene.

Gute Arbeitsbedingungen sind zentrale Voraussetzungen für wirtschaftlichen Erfolg. Maßgeblich ist das Leitbild einer nachhaltigen Entwicklung, die Innovationen in Verantwortung für die heutigen und die kommenden Generationen erzeugt. Wir konzentrieren die erfolgreiche Hightech-Strategie auf Felder, die von hoher Innovationsdynamik geprägt sind und Wachstum, Wohlstand und Lebensqualität versprechen (digitale Wirtschaft, nachhaltiges Wirtschaften und Energie, innovative Gestaltung der Arbeitswelt für mehr

kreative Ideen und Zeitwohlstand, um Gesundheit, intelligente Mobilität, zivile Sicherheit).

Nachhaltigkeit in Unternehmenskulturen unterstützen

Darüber hinaus ist es notwendig, den Nachhaltigkeitsgedanken in Betrieben und Unternehmen, in den Unternehmenskulturen zu verankern und zu leben. Internationale Nachhaltigkeitsinitiativen wie der UN Global Compact oder der Dow Jones Sustainability Index (DJSI) gewinnen mehr und mehr an Bedeutung, und die Transparenzanforderungen an Unternehmen steigen z. B. GRI (Global Reporting Initiative) oder die vor kurzem verabschiedete EU-Richtlinie zu Transparenz und Berichterstattung. Wir setzen uns dafür ein, Unternehmen für das Thema Nachhaltigkeit zu sensibilisieren und zu motivieren. Daher sollte die Politik bestehende Initiativen unterstützen und den Schwerpunkt auf den Ansatz der Freiwilligkeit legen. Zu nennen sind etwa der Deutsche Nachhaltigkeitskodex, das „Leitbild für verantwortliches Handeln in der Wirtschaft“ oder – als eine Initiative dieser Art auf Branchenebene – die Nachhaltigkeitsinitiative „Chemie³“, die einen Nachhaltigkeits-Check für die Unternehmen der Branche entwickelt hat.

Kreislaufwirtschaft stärken

Nachhaltiges Wirtschaften bedeutet, nicht mehr Ressourcen zu verbrauchen, als dauerhaft zur Verfügung stehen, und zwar in finanzieller, ökologischer und sozialer Hinsicht. Die heutigen Produktionsweisen müssen deshalb noch stärker an der Idee des Stoffkreislaufes ausgerichtet werden. Entsprechend der Ziele des Rates für Nachhaltige Entwicklung wollen wir das Ziel einer 100-prozentigen Kreislaufführung verfolgen. Das geht einher mit der Unterstützung der Circular Economy, wie sie auf dem Weltwirtschaftsforum in Davos bereits intensiv diskutiert wurde.

Dazu dienen auch die von der Bundesregierung angestrebten neuen Regelungen zur Rücknahme von Elektro- und Elektronik-Altgeräten. Ziel ist es, mehr Wertstoffe zu recyceln, um vermehrt heimische Sekundärrohstoffe zu gewinnen und für eine umweltgerechte Entsorgung der Reststoffe zu sorgen. Denn die deutsche Volkswirtschaft kann es sich schlicht-

weg nicht leisten, wertvolle Rohstoffe auf den Müll zu werfen, wie es derzeit leider noch oft passiert. Damit sich Ressourcenschonung und nachhaltiges Unternehmertum durchsetzen, werden wir das Umweltmanagementsystem EMAS stärken.

Wir wollen weitergehen auf dem Weg zu einer echten Kreislaufwirtschaft. Dazu gehört auch eine Stärkung der Produktverantwortung: Wer Produkte in Verkehr bringt, soll künftig – wie heute bereits bei Verpackungen, Elektrogeräten, Batterien und Altfahrzeugen – für deren spätere Entsorgung am Ende des Lebenszyklus Verantwortung übernehmen. Dieses marktwirtschaftliche Prinzip sorgt dafür, dass die Entsorgungskosten Teil des Produktpreises werden. Somit entstehen Anreize, Erzeugnisse so zu gestalten, dass möglichst wenig Abfälle entstehen beziehungsweise, dass entstehende Abfälle möglichst einfach und günstig wiederverwertet werden können. Die Entsorgung wird also beim Kauf der Produkte mitbezahlt und nicht erst über Gebühren bei der Abfallentsorgung finanziert.

Die Bundesregierung hat sich das Ziel gesetzt, die gesamtwirtschaftliche Rohstoffproduktivität in Deutschland bis zum Jahr 2020 gegenüber 1994 zu verdoppeln. Dazu dient auch das Ressourceneffizienzprogramm „ProgRes“. Deutschland ist mit seiner effizienten Ressourcenverwendung bereits in vielen Bereichen weltweit vorbildlich. So sank seit 1994 bei insgesamt deutlich gestiegenem Wirtschaftswachstum die Inanspruchnahme von Rohstoffen um rund 14 Prozent. Im gleichen Zeitraum stieg die Rohstoffproduktivität um rund 50 Prozent. Das zeigt: Wirtschaftswachstum und Ressourcenverbrauch können voneinander entkoppelt und nachhaltig Beschäftigung gesichert werden. Letztlich muss der Gedanke der Nachhaltigkeit die Herzen der Menschen erreichen. Nachhaltigkeit muss gelebt werden, um nicht als Floskel und Worthülse zu verkommen.

Mit Share-Economy zu mehr Nachhaltigkeit und Lebensqualität

Das Teilen oder die gemeinschaftliche Nutzung beispielsweise von Produkten, Dienstleistungen, Räumlichkeiten oder Wissen, wird schon lange praktiziert. Das reicht vom Verleihen selten genutzter Werkzeuge bis hin zur gemeinsamen Nutzung des teuren Maschinenparks etwa in der Landwirtschaft. Gelebt wurde die Ökonomie des Teilens und Tauschens jedoch vor allem zwischen Personen, die sich kennen: in der Familie, im Bekanntenkreis oder in der Nachbarschaft.

Der durch die Digitalisierung und die Möglichkeiten des Internets, die das Zusammenreffen von Anbietern und Nachfragern so leicht wie nie zuvor machen, stark zunehmende Trend vom Eigentum zur Nutzung ist jedoch eine Chance für neue Märkte, mehr Wettbewerb, mehr Wertschöpfung und gleichzeitig mehr Nachhaltigkeit und Lebensqualität.

Carsharing oder Unterkunftsbörsen sind Modelle, die der modernen Lebensart Rechnung tragen. Auch Modelle, wie Plattformen zur Vermittlung von Mitfahrgelegenheiten, können einen sehr wichtigen Beitrag leisten z.B. für eine alternde Gesellschaft, wo immer mehr ältere Menschen gerade in dünner besiedelten, ländlichen Gebieten immer stärker auf günstige Fahrdienstleistungen angewiesen sein werden.

Share Economy ist ein interessanter Ansatz, begrenzte Ressourcen optimal nutzbar und sie damit zugleich mehr Menschen zugänglich zu machen. Die CDU begrüßt eine Entwicklung, die einen verantwortungsvollen und nachhaltigen Umgang mit Konsumgütern ermöglicht.

Wir wollen die Rahmenbedingungen, insbesondere Qualitätsstandards schaffen und Besteuerungs- und Haftungsfragen klären, durch die ein fairer Wettbewerb zwischen den unterschiedlichen Anbietern und Modellen stattfinden kann und Anbieter und Nutzer die notwendige Rechtssicherheit erhalten. Deshalb wollen wir untersuchen, welche gesetzlichen Regelungen geändert werden müssen, um diese neuen Angebote zu ermöglichen ohne den Wettbewerb zu verzerren.

Auch sollen die Umweltwirkungen im Rahmen von Begleitforschungsprojekten zur Markteinführung stärker untersucht werden. Beispielsweise geht es dabei um die Analyse der Auswirkungen von Carsharing auf die Parkplatzsituation in den Innenstädten. Sinkt die Zahl der Fahrzeuge durch Carsharing tatsächlich, oder benötigen diese Gemeinschaftsautos sogar noch zusätzliche Stellplätze?

Die öffentliche Hand mit Vorbildfunktion

Wenn wir nachhaltiges Wirtschaften forcieren wollen, benötigen wir auch ein innovationsförderliches Beschaffungswesen. Die öffentliche Hand sollte eine Vorbildfunktion mit

Blick auf den nachhaltigen Einkauf wahrnehmen und ihren Beitrag dazu leisten, dass grundlegende Arbeits-, Sozial- und Umweltstandards auf der gesamten Lieferkette eingehalten werden: Das reicht vom Kaffee, der in Rathäusern ausgeschenkt wird, über Dienstbekleidung für Feuerwehren bis hin zu Natursteinen, die auf öffentlichen Plätzen verbaut werden.

Auch muss etwa für die Beschaffung für den Fahrdienst des Deutschen Bundestages das Elektroauto bzw. das Ökoauto zum Standard werden. Zudem müssen wir die bundeseigenen Immobilien sanieren und die Bundesverwaltung sowie bundeseigene Unternehmen müssen den Nachhaltigkeitskodex unterschreiben und umsetzen. Dafür wird sich die CDU einsetzen.

Mehr Transparenz

Große Kapitalgesellschaften sollen künftig mehr über ihre Nachhaltigkeitsanstrengungen und ihre gesellschaftliche Verantwortung (Corporate Social Responsibility) berichten. Eine EU-Richtlinie sieht vor, dass diese Unternehmen Stellung dazu beziehen, wie es um ihren Umweltschutz und ihr soziales Engagement für Beschäftigte bestellt ist. Unternehmen sollen über die wesentlichen Risiken zu Menschenrechten, wenn relevant und verhältnismäßig, im Rahmen der Geschäftsbeziehungen berichten. Wir begrüßen die vielfältigen CSR-Aktivitäten der Wirtschaft.

Unternehmen sollen den ihnen möglichen Beitrag dazu leisten, Transparenz über die ökologischen und sozialen Produktionsbedingungen herzustellen. Wir treten dafür ein, in diesem Sinne die CSR-Richtlinie der Europäischen Union 1:1 in deutsches Recht umzusetzen. Wir müssen hierbei einen vernünftigen Weg finden, um Bürokratie nicht überborden zu lassen und gleichzeitig das wesentliche Ziel im Blick zu behalten. Ein juristisches Gutachten hat gezeigt, dass Unternehmen mit einer Berichterstattung nach dem Deutschen Nachhaltigkeitskodex (DNK) die inhaltlichen Anforderungen an die nichtfinanzielle Berichterstattung, wie sie die EU ab dem Geschäftsjahr 2017 fordert, vollständig erfüllen.

Ökologische Nachhaltigkeit als Wettbewerbsvorteil

Der konsequente umweltpolitische Weg hat zu einer wichtigen neuen Branche am Technologiestandort Deutschland geführt: die deutsche Umweltwirtschaft ist heute international führend, Forschung und Entwicklung für neue Umwelttechnologien sind Teil der deutschen Hightech Strategie, genießen Priorität und führen dazu, dass deutsche Produkte und Know how weltweit nachgefragt werden. Deutschland baut seine Position als Innovations-schmiede der Welt aus, die nicht nur qualitativ ausgezeichnete, sondern auch besonders ressourcenschonende Produkte auf den Markt bringt.

Damit wird Nachhaltigkeit immer mehr zum entscheidenden Wettbewerbsvorteil. Denn der Materialkostenanteil im produzierenden Gewerbe liegt bei 45 Prozent. Experten rechnen zudem damit, dass beispielsweise der Weltmarkt für umweltfreundliche Energietechnologien sich bis 2020 fast vervierfachen wird; für die erneuerbaren Energien werden jährlich weltweite Wachstumsraten des Umsatzes von 15 bis über 30 Prozent erwartet.

Wir sehen Deutschlands Chancen in einer nachhaltigen und international wettbewerbsfähigen Wirtschaft, deren Kern auch weiterhin eine moderne, industrielle Produktion ist. Wir wollen eine Wirtschaft, die Vorreiter bei nachhaltigen Produkten, intelligenten Lösungen und Strategien zur Verbesserung bestehender Produktionsprozesse ist. Wenn Deutschland eine Führungsrolle in der kohlenstoffarmen und ressourceneffizienten Entwicklung übernimmt, kann Nachhaltigkeit zum entscheidenden Wettbewerbsvorteil werden.

Viele Unternehmen zeigen täglich, wie Nachhaltigkeit und wirtschaftlicher Erfolg Hand in Hand gehen. Ohnehin steht Nachhaltigkeit längst für Qualität, die Nachfrager zu honorieren wissen. Das können viele Unternehmen bestätigen, die Nachhaltigkeitsstrategien angenommen haben und ihre Nachhaltigkeitsleistungen transparent machen. Das ist Werbung, die für sich spricht.

Marktmacht der Verbraucher

Nachhaltigkeit ist nicht nur Aufgabe des Staates. Mit ihren Kaufentscheidungen können die Verbraucher Unternehmen motivieren, nachhaltig zu produzieren bzw. nachhaltige

Dienstleistungen und Produkte anzubieten. Dazu gilt es, Verbraucher zu informieren und aufzuklären, damit sie Verantwortung für die soziale und ökologische Nachhaltigkeit der von ihnen gekauften Produkte übernehmen können.

Deshalb wollen wir bei den Verbrauchern das Bewusstsein für einen verantwortungsbewussten und nachhaltigen Umgang mit Energie- und Rohstoffen, aber auch Gütern und Dienstleistungen schärfen. Wir wollen ihnen verantwortungsbewusste Kaufentscheidungen noch besser ermöglichen. Dabei helfen Ökobilanzen, Zertifizierungen, anerkannte Siegel und transparente Informationen sowie auch Online-Angebote, die den Verbrauchern zum Beispiel Vergleiche von Sozial- und Umweltsiegeln erleichtern.

Wirtschaftsbereiche von besonderer Bedeutung

Energie

Eine große Chance für nachhaltiges Wachstum, für Arbeitsplätze und Umweltschutz, ist der Umstieg in die Erneuerbaren Energien. Deutschland ist weltweit führend beim Ausbau einer nachhaltigen Energieversorgung. Unser Land hat das Potential, Weltmarktführer auf dem wachsenden Markt der ressourcenschonenden Energietechnologien zu werden und Impulsgeber für die Energiepolitik von morgen zu sein. Unser Ziel ist, dass Deutschland und die übrigen Industriestaaten – auch als Vorbild für andere Länder – bis 2050 zu einer kohlenstofffreien Energieerzeugung kommen, um im Laufe dieses Jahrhunderts weltweit ein vollständiges Umsteigen auf kohlenstofffreies Wirtschaften zu erreichen.

Wir wollen zudem mit dem Aufbau einer heimischen und vor Ort organisierten Energieversorgung Arbeitsplätze und Wertschöpfung im eigenen Land sichern. Zugleich werden wir weiter für bezahlbare Energiekosten für Verbraucher aber auch für unsere Industrie sorgen, damit sie wettbewerbsfähig bleibt. So ermöglichen wir Mittelstand und Industrie, Wachstum und neue Arbeitsplätze zu schaffen. Neben der Verbesserung der Energieeffizienz kommt der Energieerzeugung eine zentrale Bedeutung zu.

Nur mit neuen Technologien kann die Energiewende gelingen. Wir brauchen neue Speichertechnologien, zukunftsfähige, intelligent und digital gesteuerte Stromnetze und Techniken zum Energiesparen in der Produktion, im Haushalt, im Verkehr und beim Bauen. Wir

setzen uns ein für die Entwicklung von Bioenergie der zweiten Generation aus Abfällen und Nebenprodukten statt aus Nahrungspflanzen. Es geht um die Umwandlung von CO₂ in Treibstoffe, chemische Produkte oder Wasserstoff.

Deutschland kann international zum Modell für Nachhaltigkeit in der Verbindung von Wachstum, Ressourcenschonung und technologischen Innovationen werden. So hat Deutschland zum Beispiel die Chance, zum Leitmarkt für intelligente Netze (Smart Grids) zu werden. Intelligente Netze setzen an einer zentralen Herausforderung der Energiewende an: Der potenziellen Überlastung der Netze durch Strom aus erneuerbaren Energien wie Wind- oder Solarenergie in Spitzenzeiten.

Intelligente Netztechnik schafft einen Ausgleich zwischen Erzeugung und Nutzung des Stroms. Dies ist die Voraussetzung, um überschüssigen Strom zwischen zu speichern. Zudem eröffnet sie den Verbrauchern die Möglichkeit, Strom dann zu nutzen, wenn er günstig ist (Smart Meters/Intelligente Stromzähler). In Europa lassen sich durch den Einsatz von Smart Grids bis 2030 über 100 Millionen Tonnen CO₂ pro Jahr einsparen. Für private Haushalte und Unternehmen ergeben sich dabei große Einsparpotentiale bei den Stromkosten.

Verkehr

Besonders im Verkehrsbereich kann ein wichtiger Beitrag zur Reduzierung der Treibhausgasemissionen geleistet werden. Wachsende Mobilitätsbedürfnisse und -anforderungen müssen umweltschonend bewältigt werden. Unser Ziel ist, dass Deutschland Vorreiter bleibt bei der Entwicklung intelligenter Fahrzeugtechnologie und bei der optimalen Vernetzung der Verkehrsträger für mehr Verkehrssicherheit, effiziente Verkehrsabläufe und Vermeidung unnützen Verkehrs und bequeme Mobilität ohne Zeitverluste für die Bürger. Mit einer besseren Vernetzung der Verkehrsträger, einer Stärkung des ÖPNV und besserer Kraftstoffeffizienz kann das Ziel nachhaltiger Mobilität erreicht werden.

Hierzu zählen beispielsweise die Stauvermeidung durch intelligente Ampelsysteme und moderne Verkehrsleitsysteme und eine übergeordnete integrierte Verkehrswege- und -netzplanung. Straße, Schiene, Luft und Wasserstraßen müssen zukünftig mit ihren jeweiligen Stärken besser zusammenwirken. Die Vernetzung der verschiedenen Verkehrs-

träger könnte künftig insbesondere für Großstädte attraktiver werden. Das zeigen erste erfolgreiche Pilotprojekte. Es ist eine Strategie, um eine ressourcenschonende, intelligente und moderne Mobilität sicherzustellen. Und es ist eine Reaktion auf ein verändertes Verhältnis zu Gütern wie dem Auto, das gerade von jungen Menschen immer seltener als Statussymbol und häufiger als Nutzobjekt gesehen wird.

Für uns ist zudem die Weiterentwicklung der Antriebstechnologien – wie die E-Mobilität oder Wasserstofffahrzeuge – ein wichtiges Element auf dem Weg zu einer nachhaltigen Mobilität. Der zum Betrieb benötigte Strom muss aus Erneuerbaren Energien gewonnen werden. Die CDU spricht sich für einen technologieoffenen Förderansatz aus.

Automatisiertes Fahren

Intelligente und vernetzte Autos können dabei helfen, Unfälle zu verhindern, Staus zu vermeiden, den Kraftstoffverbrauch – und damit den CO₂-Ausstoß – zu senken sowie die Infrastruktur effizienter zu nutzen. Damit könnten demnächst auch die Parkplatzsuche in den Städten sowie Bußgelder für Geschwindigkeitsübertretungen der Vergangenheit angehören.

Mit den Herausforderungen einer älter werdenden Gesellschaft wird Deutschland in besonderem Maße von den Möglichkeiten des Automatisierten Fahrens profitieren. Gerade für mobilitätseingeschränkte Personen bieten automatisierte Fahrzeuge große Chancen zur Steigerung der Lebensqualität.

Wie bei der Elektromobilität haben wir den Anspruch, Leitmarkt und Leitanbieter für die Zukunft der individuellen Mobilität zu werden. Für die deutsche Wirtschaft ergeben sich enorme Chancen, die vorhandene Kompetenz im Automobilbau auf die vollständige Digitalisierung auszurichten.

Landwirtschaft

Zu einer lebenswerten Heimat gehört eine nachhaltige Landwirtschaft. Sie erzeugt gesunde Nahrungsmittel, gestaltet die Kulturlandschaft und ist darüber hinaus Rohstoff- und Energielieferant. Die deutsche Land-, Forst- und Ernährungswirtschaft bieten für die konjunkturelle Stabilisierung im ländlichen Raum ein erhebliches Potenzial. Dabei muss in Zu-

kunft verstärkt die gesamte Produktionskette bei Nahrungsmitteln, erneuerbaren Energien und nachwachsenden Rohstoffen betrachtet und durch innovative Produktions- und Vermarktungsstrategien weiterentwickelt werden.

Die Entwicklung unserer Landwirtschaft muss gesellschaftlich akzeptiert sein. Wir wollen eine bäuerliche Landwirtschaft, die Wettbewerbsfähigkeit mit Tier- und Umweltschutz verbindet, die regional verankert ist und von den Landwirten und ihren Familien vor Ort getragen wird. Wir stehen für ein gleichberechtigtes Nebeneinander von konventioneller Landwirtschaft und Ökolandbau.

Wir setzen uns für eine breite Streuung des Bodeneigentums in der Hand von Landwirten ein, denn Eigentum ist die beste Voraussetzung für den verantwortlichen Umgang mit den Ressourcen und ein Grundpfeiler der Nachhaltigkeit. Dafür werden wir mit einer wirksamen Regulierung des Bodenmarktes einschließlich von Anteilskäufen sorgen und den Vorrang von ortansässigen Landwirten beim Flächenerwerb sichern. Bodenspekulation lehnen wir ab.

Eine effiziente und umweltfreundliche Landwirtschaft ist zentral für die nachhaltige Bewirtschaftung unserer Lebensgrundlagen. Der Schutz des Bodens und der Gewässer liegt im ureigenen Interesse der Landwirte. Der teilweisen Probleme und der daraus resultierenden Verantwortung der Landwirtschaft sind wir uns bewusst. Wir arbeiten an zielorientierten Lösungen, bei denen die Bodenfruchtbarkeit erhalten bleibt und Grundwasserprobleme vermieden werden. Pauschale Verbote und Einschränkungen sind der falsche Weg. Es geht um die genaue Analyse vor Ort und den Einsatz modernster Technik, um den notwendigen Pflanzenschutz und die Düngung punktgenau und damit umweltfreundlich zu machen.

Unser Ziel ist es, landwirtschaftliche Nutzflächen zu erhalten und gleichzeitig den Natur- und Artenschutz voranzubringen. Wir setzen vor allem auf Vertragsnaturschutz und Agrarumweltprogramme. Beim naturschutzfachlichen Ausgleich sprechen wir uns für die Aufwertung und Pflege bestehender Naturschutzgebiete bzw. für den finanziellen Ausgleich aus.

Wir setzen uns für eine stetige Weiterentwicklung der Tierhaltungsverfahren ein und auf EU-Ebene für einheitliche und höhere Tierschutzstandards. Die Kommunen haben über das Baurecht bereits die Möglichkeit zur besseren Steuerung der Tierhaltung erhalten. Wir werden zudem einen ethisch wissenschaftlich fundierten Diskurs über Größen tiergerechter Haltung mit der Landwirtschaft und der Gesellschaft führen und möglichst auch konkrete Kriterien für vertretbare und akzeptierte Tierhaltung und Bestandsgrößen herausarbeiten.

In der EU-Agrarpolitik wollen wir hin zu einer Politik, die stärker zielorientiert und deutlich unbürokratischer die Leistungen der Landwirtschaft, die gesellschaftlich gewollt sind, und Umwelt-, Tier-, Arten- und Naturschutz sowie die Pflege der Kulturlandschaft in Berg-, Mittelgebirgs- und Grünlandregionen entlohnt.

Deutsche G7-Präsidentschaft für nachhaltige Wirtschaftsentwicklung

Auch in unseren Partnerländern fördert Deutschland gute Rahmenbedingungen und nachhaltige Wirtschaftsstrukturen. Wir sind einer der größten bilateralen Geber im Bereich der nachhaltigen Wirtschaftsentwicklung. Die CDU unterstützt die Idee der Initiative der Bundesregierung im Rahmen der deutschen G7-Präsidentschaft zur weltweiten Einhaltung von Umwelt- und Sozialstandards bei der Produktion von Kleidern, Lebensmitteln und anderen Produkten und setzt sich für eine realistische Ausgestaltung ein.

Heute gibt es globale Wertschöpfungsketten. Wir profitieren von der Globalisierung und internationalen Arbeitsteilung, weshalb wir auch das Arbeitsumfeld in den Zulieferländern beachten müssen. Die Rolle, die Unternehmen bei der Lösung dieser Probleme spielen können, muss aber klar abgegrenzt werden von den Aufgaben der Regierungen. Es sind zwar in erster Linie die Regierungen, die die grundlegenden Sozial- und Umweltstandards um- und durchsetzen müssen, doch dürfen die Unternehmen nicht aus ihrer Verantwortung entlassen werden.

Wir sind davon überzeugt, dass Wirtschaft und Verbraucher, Zivilgesellschaft, Staaten und supranationale Organisationen Verantwortung für eine nachhaltige Produktionsweise auf der gesamten Lieferkette tragen. Weder darf Politik sich aus der Verantwortung stellen,

noch dürfen Unternehmen und Verbraucher die Zuständigkeit für die Beachtung ökologischer und sozialer Standards an die Politik delegieren.

Grundlegende Arbeits-, Sozial- und Umweltstandards müssen auf allen Stufen der Produktion und in allen Ländern eingehalten werden. Wir setzen uns insbesondere für grundlegende Arbeitssicherheits- und -schutzvorschriften, existenzsichernde Löhne, Koalitionsfreiheit und ein Ende der Kinder- und Zwangsarbeit ein. Dabei wollen wir Maßnahmen ergreifen, um ein globales „level playing field“ zu schaffen, insbesondere durch die Verbreitung der OECD-Leitsätze für multinationale Unternehmen.

Angestrebt wird, dass in allen G7-Staaten Regierungen, Wirtschaft, Zivilgesellschaft und Gewerkschaften gemeinsam für Arbeits-, Sozial- und Umweltstandards sorgen. Dabei kann ein Maßnahmenkatalog den Firmen in Deutschland helfen, nachhaltige (Vor-)Produkte für ihre eigene Produktion zu verwenden.

Insbesondere die kleinen und mittleren Unternehmen müssen wir dabei unterstützen, bestehende Standards und Regeln im eigenen Wirkungskreis einzuhalten. Und vor dem Hintergrund der Komplexität von Implementierung und Kontrolle in der globalisierten, arbeitsteiligen Wirtschaft halten wir insbesondere Multistakeholder-Ansätze – wie etwa das Textil-Bündnis, aber auch das Kakao-Forum – für zielführend.

Auch ökonomische Gründe sprechen dafür, danach zu fragen, welche Zustände an den verschiedenen Stellen einer Lieferkette herrschen. Denn immer mehr Menschen machen ihre Kaufentscheidung nicht mehr allein vom Preis abhängig, sondern interessieren sich auch für eine nachhaltige und sozial verantwortliche Herstellung und Verarbeitung der Produkte.

Wir wollen auch Freihandelsabkommen wie etwa TTIP als Chance zur Erreichung der Nachhaltigkeitsziele nutzen. Bei der gegenseitigen Anerkennung oder Vereinheitlichung bei Test-, Zulassungs- und Zertifizierungsverfahren werden wir deshalb strikt darauf achten, die jeweils besseren Standards für Qualität, Verbraucher- und Umweltschutz zu sichern.